

Kommunalwahlprogramm *2014-2020*

*Du bewegst
Oberhausen!*

Unsere wichtigsten Ziele für Oberhausen

CDU OBERHAUSEN

Inhaltsverzeichnis

1.	Neue Chancen für Oberhausen	3
2.	Neue Chancen für Bürger und Unternehmen	5
2.1	Wirtschaft fördern – Arbeit schaffen	5
2.2	Soziales Miteinander	6
2.3	Endlich solide Finanzen schaffen	7
2.4	Oberhausen gehört den Bürgern	9
3.	Neue Chancen durch Bildung	10
3.1	Bildung muss früh beginnen	11
3.2	Die bestmöglichen Schulen für unsere Kinder	11
3.3	Lebenslanges Lernen stärken	12
3.4	Die Kultur – unser Aushängeschild	14
3.5	Sport und Gesundheit fördern	14
4.	Neue Chancen durch weitsichtige Stadtentwicklung	15
4.1	Stadtplanung für Wohnen, Arbeiten und Freizeit	15
4.2	Mobilität für alle	16
4.3	Aktiver Umwelt- und Klimaschutz	17
4.4	Sicherheit für unsere Bürger	18
5.	Neue Chancen durch Zusammenhalt	20
5.1	Vorfahrt für Familien	20
5.2	Freiräume für Kinder und Jugendliche	21
5.3	Gleiche Chancen für Frauen	21
5.4	Für ein gutes Leben im Alter	22
5.5	Nichts ohne uns über uns – Menschen mit Behinderung	22
5.6	Zuwanderung – Integration beginnt in der Nachbarschaft	23
6.	Neue Chancen für die Stadtteile	25
6.1	Alt-Oberhausen	25
6.2	Sterkrade	26
6.3	Osterfeld	27



1. Neue Chancen für Oberhausen

Oberhausen ist eine liebenswerte Stadt. Hier leben Menschen, die ihrer Stadt eng verbunden sind. Als Revierbürgerinnen und -bürger sind wir für unsere Warmherzigkeit, Geradlinigkeit und Direktheit bekannt. Erfolgreiche Strukturwandelprojekte wie der Gasometer und die Kulturszene sind sympathische Aushängeschilder unserer Stadt.

Heimatverbundenheit darf aber nicht bedeuten, die vorhandenen gravierenden Probleme auszublenden: Oberhausen steht heute am Ende fast jeden Städtevergleichs. Nur bei der Pro-Kopf-Verschuldung und der Spielhallendichte ist Oberhausen negative Spitze.

Unsere Stadt ist im Umbruch. Als CDU treten wir dafür ein, dass aus dem Umbruch ein Aufbruch für Oberhausen wird. Wir packen an und zaubern dabei keine plötzlichen Wahlgeschenke aus dem Hut, die sich niemand leisten kann. Wir werden die Menschen in Oberhausen entlasten und damit das liefern, was ihnen zusteht.

Kurzgefasst lauten einige unserer wichtigsten Ziele:

- Die CDU wird die Menschen durch gerechtere Gebühren entlasten und die beschlossene Erhöhung von Gewerbe- und Grundsteuern stoppen. Allein bei Grundsteuern und Müllgebühren ergibt sich im Vergleich zu Rot-Grün eine spürbare Entlastung.
- Die Gehälter der Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer in städtischen Tochtergesellschaften müssen nach Risiko und Verantwortung neu bewertet werden, sodass sie Marktvergleichen standhalten. Die derzeitige Situation ist unerträglich.
- Oberhausen ist die einzige Großstadt mit mehr als 200.000 Einwohnern in Deutschland ohne Hochschule. Unser fester Wille ist es, dies zu ändern und mittelfristig mindestens eine Dependence zu realisieren. Dazu werden wir allen in Frage kommenden Hochschulen Vorschläge machen.
- Es darf nicht sein, dass zum Beispiel Kindergeburtstage nur noch abends oder am Wochenende gefeiert werden können, weil im Offenen Ganztags Anwesenheitspflicht herrscht. Deshalb werden wir alles für flexiblere Abholzeiten tun, damit Familien nicht bevormundet werden.

- Oberhausen wird sicherer. Die CDU wird den Ordnungsdienst stärken, Angsträume beseitigen und die Videoüberwachung ausweiten. Das Rockerproblem darf nicht verharmlost werden, sondern erfordert entschlossenes Handeln.
- Sauberkeit und Sicherheit gehören zusammen: Schmutzige, dunkle und verfallene Quartiere ziehen Kriminalität an. Die Verschmutzung durch Hundekot werden wir ebenso angehen wie Graffiti-Schmierereien. Das Erscheinungsbild der öffentlichen Plätze und Straßen werden wir verbessern.
- Der Rotlichtbereich um die Flaßhofstraße ist ein Brennpunkt für Drogen und Kriminalität. Die CDU wird den Bordellbetrieb mittelfristig aus der Innenstadt verlagern und damit das gesamte Quartier aufwerten.
- Die Mülheimer Straße wird selbstverständlich nicht einspurig. Außerdem wird die CDU endlich für eine grüne Welle sorgen und ein besseres Baustellenmanagement in Oberhausen einführen. Die Parkgebühren am Kaisergarten und in den Innenstädten schaffen wir ab.
- Seit Jahren besteht das Planungsrecht für die Errichtung von S-Bahn-Haltestellen am Rehmer in Alstaden. Von dort wäre man in wenigen Minuten in Essen oder Düsseldorf, doch bisher ist nichts passiert. Das werden wir ändern.

- Den Niedergang der Stadtteilzentren wollen wir stoppen. Dazu werden wir die Fußgängerzonen auf einen Kernbereich beschränken, Gesellschaften zum Kauf von Problemimmobilien initiieren und einen Ideenwettbewerb zur Steigerung der Attraktivität ins Leben rufen.

Mit diesen und zahlreichen weiteren Ideen werden wir neue Chancen für Oberhausen eröffnen. Wir setzen alles daran, dass Oberhausen eine bessere Zukunft hat.

Unsere Stadt und ihre Menschen haben es verdient.

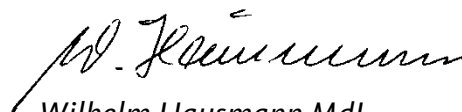
*Wir bitten herzlich um
Ihre Unterstützung!*



Daniel Schranz



Simone-Tatjana Stehr



Wilhelm Hausmann MdL

2. Neue Chancen für Bürger und Unternehmen

2.1 Wirtschaft fördern – Arbeit schaffen

Oberhausen hat den Strukturwandel noch lange nicht hinter sich. Er wurde zu spät begonnen und die zwischenzeitliche Dynamik der 1990er Jahre ist längst wieder zum Erliegen gekommen. Daher haben die Förderung der Wirtschaft und die Schaffung von Arbeit für uns absolute Priorität. Dies wird aber nur in einem Klima des Wandels und der Erneuerung gelingen. Als erste wichtige Schritte werden wir deshalb den beschlossenen Anstieg von Gewerbe- und Grundsteuer stoppen sowie Bürokratie und Genehmigungsverfahren auf das notwendige Maß reduzieren und beschleunigen.

Die Erneuerung des Wirtschaftsstandortes Oberhausen stagniert. Die Neue Mitte ist eines der gelungenen Beispiele für den begonnenen Strukturwandel, das benachbarte Stahlwerksgelände steht dagegen für die fehlende Fortsetzung. Die CDU wird alles daran setzen, diesen Jahrhundertfehler so weit und so schnell wie möglich zu korrigieren.

Oberhausen hat über das Stahlwerksgelände hinaus noch weitere Industrie- und Gewerbeflächen zur Verfügung. Das ist eine Stärke, die genutzt werden muss. Unsere Stadt geht aber leider fahrlässig damit um. Das werden wir ändern. Ein Beispiel für diese Fehlentwicklung ist die bisher gescheiterte Unternehmensansiedlung mit 400 Arbeitsplätzen am Waldteich. Aber auch andere wichtige Flächen liegen ohne vernünftiges Nutzungskonzept brach und sind somit der wirtschaftlichen Entwicklung entzogen. Wir werden für einen

intelligenten, umweltgerechten und sinnvollen Umgang mit diesen Flächen sorgen und damit sichere Arbeitsplätze schaffen oder erhalten.

Der Tourismus ist zu einem immer wichtigeren Faktor für den Wirtschaftsstandort Oberhausen geworden. Eine ideenreiche, querdenkende und flexible Wirtschafts- und Tourismusförderung ist für Oberhausen von zentraler Bedeutung. Allerdings sind die Strukturen bisher ebenso unzureichend wie intransparent. Die nebeneinander agierenden städtischen Unternehmen mit ihren gut dotierten Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern sind ineffizient. Mit der CDU wird Wirtschaftsförderung mittelstandsorientiert und aus einer Hand erfolgen.

Über alle Branchen hinweg hat der Einsatz für mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigung höchste Priorität für die CDU. Dadurch wird der Abhängigkeit von Transferleistungen entgegengewirkt. Arbeit schafft aber auch Teilhabe und Verantwortung. Arbeit bedeutet mehr als Existenzsicherung, Arbeit ist mehr als Broterwerb. Arbeit ermöglicht Sozialkontakte und Selbstwertgefühl, Sinnerfüllung und Lebensperspektive.

Die CDU wird

- den beschlossenen Anstieg der Gewerbe- und Grundsteuer stoppen und dadurch Bürgerinnen und Bürger wie Unternehmen entlasten.
- den Jahrhundertfehler auf dem Stahlwerksgelände angehen und bei Forschungseinrichtungen für den Standort werben.
- die Entwicklung der vorhandenen Flächen für Industrie- und Gewerbean-

- siedlungen umweltgerecht und intelligent vorantreiben.
- alles tun, um einen Autobahnanschluss Waldteich/Weierheide an der A 3 zu schaffen und dadurch eine verträglichere Erschließung der dortigen Gewerbeflächen zu ermöglichen.
 - die Ziele der Wirtschaftsförderung an vorhandenen Stärken wie dem Tourismus, aber auch an neuen Chancen wie der Umwelttechnik, Gesundheits- und Kreativwirtschaft ausrichten.
 - die zahlreichen städtischen Unternehmen bündeln, die sich mit Wirtschaft, Stadtmarketing und Tourismus beschäftigen.
 - mit einer Wirtschaftsdezernentin/einem Wirtschaftsdezernenten die Wirtschaftsförderung auch im Verwaltungsvorstand robust verankern.
 - den Kauf von weiteren Problemimmobilien nur mit Steuermitteln stoppen und stattdessen private Investoren sowie Banken und Genossenschaft mit ins Boot nehmen.
 - dafür Sorge tragen, dass die Vergabepraxis der Oberhausener Gebäudemanagement GmbH das Oberhausener Handwerk nicht benachteiligt.
 - die Schwarzarbeit als Gefährdung des örtlichen Handwerks stärker bekämpfen.
 - Bürokratie und Genehmigungsverfahren auf das notwendige Maß reduzieren.

- „Willkommenspakete“ für neue Unternehmen am Standort Oberhausen entwickeln.
- die regelmäßige Information über Förderprogramme der EU, des Bundes und des Landes bündeln und für das Unternehmen Stadt nutzen.

2.2 Soziales Miteinander

Eine tragfähige soziale Absicherung durch die Gemeinschaft und die persönliche Verantwortung sind zwei Seiten einer Medaille und die Grundsäulen unseres Verständnisses von Sozialpolitik. Als Partei der sozialen Marktwirtschaft stehen wir für den Grundsatz der Hilfe zur Selbsthilfe. Wir bekennen uns zum Prinzip des Förderns und Forderns. Die Gemeinschaft muss den Menschen Hilfen anbieten, die sich nicht selbst helfen können. Die Leistungsfähigen ermutigen wir nachdrücklich, sich solidarisch für das Gemeinwesen einzusetzen.

Wir wollen das soziale Netz für Kinder und Jugendliche, Seniorinnen und Senioren, Kranke und Menschen mit Behinderung in unserer Stadt zukunftsfest machen. Die schlechte städtische Haushaltslage, eine vergleichsweise hohe Arbeitslosigkeit und die rasche Alterung der Stadtgesellschaft sind Herausforderungen für die städtische Sozialpolitik, die wir annehmen wollen.

Die CDU wird

- keine zusätzlichen ungerechten Belastungen von Familien, Rentnerinnen und Rentnern, Arbeitslosen und Geringverdienern durch weitere kommunale Steuer- und Abgabenlasten zulassen.
- die soziale Situation von Kindern, Jugendlichen, Familien, Seniorinnen und Senioren zu einem wesentlichen Krite-

rium von Stadtplanung und Stadtteilentwicklung machen.

- sich nicht mit der Armutsentwicklung in Oberhausen, insbesondere nicht mit der Kinderarmut, abfinden.
- Menschen und Einrichtungen fördern und unterstützen, die sich in den Stadtteilen für soziale Netzwerke engagieren.
- das Prinzip der Subsidiarität stärken: Wo freie Träger Aufgaben der Wohlfahrtspflege übernehmen, muss die Stadt dies nicht selbst tun.
- die Umsetzung der Ergebnisse aus der Organisationsuntersuchung für das Dezernat Familie, Bildung, Soziales der Stadt Oberhausen (con_sens-Gutachten) kontrollieren.
- die Vereinbarungen zur Qualitätsverbesserung der städtischen sozialen Dienste auf ihre Wirksamkeit überprüfen.
- die Auszeichnung „Familienfreundliches Unternehmen“ stärker ins Bewusstsein rücken und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zum Thema der Kommunalpolitik machen.

2.3 Endlich solide Finanzen schaffen

Leider ist Oberhausen in Sachen Schulden nach wie vor negative Spitze und hält Platz 1 unter den Städten mit den höchsten Pro-Kopf-Gesamtschulden. Auf jede Oberhausenerin und jeden Oberhausener entfallen 8.742 Euro städtische Schulden – so viel wie nirgends sonst in Deutschland. Ausgaben kann die Stadt nur noch durch Kredite tätigen. Die Liquiditätskredite –

die bei Privatleuten dem Dispo entsprechen – sind im Jahr 2014 bei sagenhaften 1,55 Milliarden Euro angekommen. Die städtischen Schulden übersteigen damit sogar um 807 Millionen Euro das gesamte städtische Vermögen. Wäre die Stadt ein Unternehmen, sie wäre längst bankrott.

Für diese enormen Schulden werden Zinsen in dramatischer Höhe fällig. Alleine für das Jahr 2014 werden sich die Zinszahlungen auf 52,7 Millionen Euro belaufen, d.h. täglich müssen 144.389 Euro für Zinsen aufgewandt werden. Unter dem Strich gibt Oberhausen immer noch jedes Jahr mehr aus als es einnimmt – und das trotz der Erhöhung von Grund- und Gewerbesteuer, trotz gestiegener Gebühren und trotz der Stärkungspaktmittel.

Deshalb gibt es zur Haushaltskonsolidierung keine Alternative; sie hat oberste Priorität, um wieder eine echte kommunale Selbstverwaltung zu erlangen. Doch an der Stadtspitze und in der SPD hat man sich an die erdrückenden Schulden schon seit langem gewöhnt und den politischen Umgang damit ritualisiert. In regelmäßigen Abständen stellt die Verwaltung immer wieder Mammut-Sparpakete auf, in denen sich immer gleiche Vorschläge finden. Genau so regelmäßig bleibt aber die Umsetzung von Sparbeschlüssen auf der Strecke. Alleine bei der städtischen Tochtergesellschaft OGM wurden bekannte Konsolidierungspotenziale in Millionenhöhe über Jahre nicht gehoben.

Stattdessen greifen Stadtspitze und SPD immer stärker in das Portemonnaie der Bürgerinnen und Bürger wie der Unternehmen. So steigt die Steuerbelastung der Oberhausener Unternehmen durch die Gewerbesteuer bis 2018 um 18%, die Belastung der Bürgerinnen und Bürger durch die Grundsteuer sogar um ganze 26%. Alle

in Oberhausen sind davon unmittelbar betroffen – unabhängig von Einkommen oder Vermögen. Das ist ungerecht und unsozial. Und es funktioniert auch nicht, wie die 2013 in Millionenhöhe eingebrochenen Gewerbesteuerzahlungen zeigen. Bereits jetzt hat sich erwiesen, dass die Milchmädchenrechnung nicht aufgeht, nach der man mit höheren Steuersätzen auch höhere Einnahmen erzielt.

Die CDU hat hierzu eine klare Alternative: Mehr sparen und weniger den Bürger belasten. Wir wollen 50 Millionen Euro mehr einsparen als von der Verwaltung vorgeschlagen und dazu unter anderem den Personalabbau in der Verwaltung beschleunigen. Das werden wir sozialverträglich, also ohne betriebsbedingte Kündigungen im Rahmen der Fluktuation und durch Anreizsysteme, wie etwa durch Abfindungen, realisieren. Durch diese und weitere verstärkte Sparanstrengungen wollen wir die Bürgerinnen und Bürger wie Unternehmen im Gegenzug um 50 Millionen Euro weniger belasten.

Die CDU wird

- die Grundsteuer statt auf den von Rot-Grün beschlossenen Hebesatz von 670 Prozentpunkten nur auf 605 anheben, damit Häuslebauer und Familien nicht über die Stadtgrenze vertrieben und die Mietnebenkosten nicht zu einer unzumutbaren Belastung werden.
- die Gewerbesteuer nur auf einen Hebesatz von 550 Prozentpunkten statt – wie von Rot-Grün entschieden – auf 580 erhöhen, damit Unternehmen Arbeitsplätze in Oberhausen schaffen und nicht in anderen Städten.
- in der Stadtverwaltung mehr Personal einsparen, indem die Fluktuation zu 75% ausgenutzt wird, und die Personalstärke so an die abnehmende Bevölkerungszahl anpassen.
- die nach wie vor überhöhten Müllgebühren auf ein gerechtes und rechtssicheres Niveau senken.
- die Vergnügungssteuer für die in Oberhausen übermäßig vorhandenen Automatencasinos deutlich erhöhen.
- die Gehälter der Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer von städtischen Tochtergesellschaften neu bewerten, sodass sie der jeweiligen Verantwortung und dem Risiko entsprechen sowie Marktvergleichen standhalten. Die derzeitigen Auswüchse führen zu einer Entsolidarisierung der Bürgerinnen und Bürger mit dem Gemeinwesen.
- den maßlosen Geldfluss von der Stadt zur Tochter Oberhausener Gebäudemanagement GmbH auf ein Mindestmaß eindämmen.
- die Alteneinrichtungen an einen anerkannten Träger der freien Wohlfahrtspflege übertragen.
- das gesamtstädtische Schuldenmanagement optimieren.
- die notwendige Schuldenfinanzierung durch gemeinsame Anleihen mit anderen Städten prüfen.
- die Steuerung der Stadtverwaltung durch eine Controllingeinheit erheblich verbessern.
- die interkommunale Zusammenarbeit ausbauen. Wo Aufgaben besser und kostengünstiger gemeinsam erbracht werden können, werden wir dies tun.

- interkommunale Vergleichszahlen als Instrument der Effizienzsteigerung verstärkt einsetzen.
- von Bund und Land eine Gemeindefinanzreform einfordern, die die besonders belasteten Gemeinden besser stellt.
- die Serviceangebote der Stadtverwaltung im Internet bürgerfreundlich ausbauen (eGovernment).

2.4 Oberhausen gehört den Bürgern

Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung mit. So sagt es unser Grundgesetz. Gerade bei jahrzehntelang unveränderten Mehrheitsverhältnissen sieht die Realität dagegen häufig ganz anders aus. Bereits vor vielen Jahren hat der damalige Finanzminister Heinz Schleußer seine Oberhausener Sozialdemokraten gewarnt: Macht euch nicht die Stadt zur Beute. Zu Recht. Filz und Vetternwirtschaft sorgen für immer mehr Politikverdrossenheit.

Festzustellen ist schon seit Jahren eine Praxis der Ämterpatronage, die von keinem vernünftigen Beobachter zu leugnen ist und die ein unerträgliches Ausmaß angenommen hat. In der Stadtverwaltung wie in den städtischen Tochtergesellschaften werden Führungspositionen ganz augenscheinlich nach Parteizugehörigkeit vergeben. Auch dadurch führt die Verwaltung in weiten Teilen ein nur noch schwerlich zu kontrollierendes Eigenleben und die Oberhausener Gebäudemanagement GmbH erscheint als geschlossener Zirkel.

Angesichts dieser Intransparenz bleiben die Bürgerinnen und Bürger außen vor. Von Bürgernähe und echter Beteiligung

kann trotz vielfacher Beteuerungen keine Rede sein. Die Spitzen von Stadt und SPD sprechen am liebsten nur mit denen, die ihrer Meinung sind. Gelingt es nicht, die Menschen auf Linie zu bringen, so werden sie als Störenfriede und Querulanten diffamiert.

Wer etwas für die Menschen erreichen will, muss aber wissen, was sie denken, was sie beschäftigt und was sie wünschen. Deshalb sieht die CDU ihren Platz ganz nahe bei den Menschen. Nur so ist bürgernahe Politik möglich. Für die Zukunft unserer Stadt ebenso wichtig sind jedoch aktive Bürgerinnen und Bürger. Die durch das Ehrenamt erbrachten Leistungen sind für unsere Stadtgesellschaft unverzichtbar. Eine aktive Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht eine neue Verantwortungspartnerschaft zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und ihrer Stadt.

Die CDU wird

- partnerschaftlich mit allen Vereinen, Verbänden und Organisationen in unserer Stadt zusammenarbeiten.
- die Intransparenz und Vetternwirtschaft im „Konzern Stadt“ beenden. Führungsfunktionen werden nach der Übereinstimmung von Qualifikation und Anforderungsprofil statt nach Parteibuch besetzt.
- bei der Besetzung von Spitzenpositionen eine Personalfindungskommission einsetzen, in der alle dem Stadtrat angehörenden Parteien vertreten sind.
- in regelmäßigen Abständen Arbeitsgebiete auf Korruptionsgefährdung überprüfen und an diesen Stellen spätestens alle vier Jahre eine Rotation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter veranlassen.

- bei Genehmigungen und Konzessionen, die große wirtschaftliche Vorteile verschaffen, für eine Kontrolle durch städtische Gremien sorgen.
- Bürgerbeteiligung stärker systematisch in die Entscheidungswege von Kommunalpolitik einbauen. Kann der Rat Umfang und Zeitpunkt von Bürgerbeteiligung bestimmen, werden wir diese Spielräume zugunsten der Beteiligung nutzen.
- die direkte Bürgerbeteiligung nicht erst mit fertigen Beschlussvorlagen beginnen, sondern schon mit der Projektidee und der Diskussion von Alternativen. Dazu gehören insbesondere die frühzeitige Offenlegung und die aktive Bekanntmachung aller relevanten Daten und Erkenntnisse.
- die Beteiligungsmöglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern in den Sitzungen der Bezirksvertretungen ausbauen.
- Bürgerbeteiligung als Methode der Politik vor Ort weiterentwickeln. Das vorhandene Bau- und Planungsrecht ist auf weitere Vereinfachungen und bessere Mitgestaltungselemente hin zu überprüfen.
- die Schnittstellen von Bürgergesellschaft und Stadt verbessern und die Entwicklung von Modellen für eine Freiwilligenagentur fördern.
- das bürgerschaftliche Engagement auch bei der Einstellung und Förderung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt anerkennen und die Unternehmen ermutigen, Gleiches zu tun.

3. Neue Chancen durch Bildung

Bildung ist die Grundlage, auf der jede und jeder Einzelne ihre/seine Zukunft aufbaut. Sie ist Mittel der Emanzipation und ein wesentlicher Beitrag zur gesellschaftlichen Integration und Wertevermittlung. Sie ist Basis für die Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft.

Daher gehören gelingende Schul- und Ausbildungsbiografien für die CDU zum Schwerpunkt der kommunalen Bildungspolitik. Anerkennung und Erfolge in Kindertageseinrichtung, Schule, Ausbildung und Berufsleben fördern die Persönlichkeitsentwicklung, stützen nachhaltig die Lebensqualität und tragen zur Mitgestaltung der Gesellschaft bei. In der Folge sind sie Standbeine für ein funktionierendes Gemeinwesen und können den lokalen Wirtschaftsstandort Oberhausen stärken.

Insbesondere die jungen Menschen in unserer Stadt müssen die notwendige und individuell passende Unterstützung auf ihrem Lebens- und Ausbildungsweg erhalten. Dazu gehören flexible und bedarfsgerechte Einrichtungen zur frühkindlichen Bildung und Erziehung in Kindertagesstätten oder Tagespflege ebenso wie die Grundschulen und Schulen der Sekundarstufen. Daher steht die CDU für ein differenziertes, begabungs- und leistungsgerechtes, inklusives Bildungsangebot, in dem gleichermaßen gefördert und gefordert wird. Dazu gehört auch die gezielte Förderung hochbegabter Kinder und Jugendlicher. Bildungserfolge müssen unabhängig von Herkunft und sozialem Status der Eltern erreicht werden können. Die CDU Oberhausen setzt sich auch deshalb für eine chancengerechte Bildungsteilhabe in unserer Stadt ein.

Eine zukunftsweisende, langfristige Bildungsentwicklungsplanung ist hierfür ebenso notwendig wie lerngerechte Umgebungen, zeitgemäße und gut ausgestattete Gebäude sowie ein familienfreundlicher, flexibler Ganzttag.

3.1 Bildung muss früh beginnen

Die CDU wird

- den bedarfsgerechten Ausbau der Betreuungsangebote für unter Dreijährige und für über Dreijährige vorantreiben.
- dafür Sorge tragen, dass der Ausbau der Angebote für unter Dreijährige nicht zu einer Benachteiligung für über Dreijährige führt.
- flexible und bedarfsgerechte Betreuungszeiten in Kindertageseinrichtungen durchsetzen.
- in Zusammenarbeit mit Kindertageseinrichtungen und Grundschulen Konzepte weiterentwickeln, die den Übergang zur Grundschule erleichtern.
- sich für verlässliche und flexible Ganztagsangebote einsetzen und alles dafür tun, dass die Abholzeiten familienfreundlicher und kindgerechter gestaltet werden.
- gemeinsam mit den Grundschulen und den Trägern von Ganztagsangeboten verbindliche Qualitätsstandards für ein gesichertes und vielfältiges Angebot des Offenen Ganztages erarbeiten und umsetzen.
- in enger Kooperation mit den Kindertageseinrichtungen und den Grundschulen eine zielgerichtete, praxisnahe Sprachstandsfeststellung und sich an-

schließende Fördermöglichkeiten entwickeln.

- verbindliche Angebote zur Sprachförderung bereitstellen.
- differenzierte und am Bedarf orientierte Maßnahmen zum Spracherwerb für Migrantinnen und Migranten als wesentliche Voraussetzung für gelingende Integration unterstützen.
- Familien und Kinder von Zugewanderten zum frühzeitigen Besuch einer Kindertageseinrichtung ermuntern.
- „Gesunde Ernährung“ in Kindertageseinrichtungen und Grundschulen forcieren und Konzepte zur Ernährungsberatung anbieten.
- mit Sportvereinen, Kindertageseinrichtungen und Grundschulen die gesundheitliche Förderung von Kindern stärken.
- das Engagement von Seniorinnen und Senioren z. B. als Lesepaten in Kindertageseinrichtungen und Schulen intensivieren.

3.2 Die bestmöglichen Schulen für unsere Kinder

Die CDU wird

- regelmäßig eine zukunfts- und stadtteilorientierte Bildungsentwicklungsplanung sicherstellen, die im Dialog mit allen Beteiligten entsteht. Dabei werden wir den Schwerpunkt auf die Entwicklung legen und nicht nur den Bestand beschreiben.
- ein differenziertes, begabungs- und leistungsgerechtes Bildungsangebot sichern, das individuelle Begabungen al-

ler Kinder und Jugendlichen ebenso wie soziale Problemlagen in den verschiedenen Stadtteilen beachtet.

- dabei das Recht auf Inklusion konsequent berücksichtigen und darauf achten, dass die Geschwindigkeit der Umsetzung die Beteiligten nicht überfordert.
- Bemühungen unterstützen, eine kooperative Sekundarschule in Oberhausen zu errichten.
- sich dafür einsetzen, dass die wichtige Schulsozialarbeit an den Oberhausener Schulen fortgesetzt wird.
- Stadtteil-Botschafter für eine vielfältige Bildungslandschaft etablieren.
- die sächliche Ausstattung von Schulen für die Integrationsarbeit verbessern und dazu einen entsprechenden personellen Beitrag durch die Landesregierung erwarten.
- durch gezielte Förderung dazu beitragen, Migrantenkinder verstärkt zu mittleren und höheren Schulabschlüssen zu führen. Hierzu wird der Dialog mit Eltern und Schulen geführt.
- den Übergang zwischen Schule und Beruf mit den zukünftigen Auszubildenden, im Verbund mit Unternehmen, Industrie und Dienstleistung in unserer Stadt zukunftssichernd gestalten.
- dafür Sorge tragen, dass das Problem der überfüllten Schulbusse gelöst wird.
- die Sanierung von Schulgebäuden konsequent betreiben, keine Provisorien, wie Pavillonbauten zulassen. So wollen wir für eine lerngerechte Umgebung

sorgen, die den heutigen Ansprüchen an eine inklusive Erziehung gerecht wird.

- die Sauberkeit in Schulen durch Optimierung der Reinigung steigern.
- die Sanitäreinrichtungen in den Schulen modernisieren und für deren Benutzbarkeit in Kooperation mit den Schulen Sorge tragen.

3.3 Lebenslanges Lernen stärken

Das verfügbare Wissen nimmt weltweit rasant zu. Die Möglichkeiten zu Ausbildung, Weiterbildung und lebenslangem Lernen entscheiden immer stärker über die Wettbewerbsfähigkeit einer Gesellschaft. Schulbildung, Berufsausbildung, Hochschulstudium und allgemeine Weiterbildung sind für die CDU gleichberechtigte Säulen unseres Bildungswesens.

Die duale Ausbildung ist für unsere jungen Menschen die Grundlage für gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Sie werden damit für ihr Berufsleben bestmöglich ausgebildet. Den Betrieben bietet sich die Möglichkeit, junge Menschen als Nachwuchskräfte zu gewinnen. Mit Blick auf die nach wie vor nicht zufrieden stellende Lage in Oberhausen einerseits und den drohenden Fachkräftemangel andererseits, messen wir dem Thema Ausbildung unverändert hohe Priorität zu.

Leider ist Oberhausen nach wie vor die einzige Großstadt Deutschlands über 200.000 Einwohner ohne Hochschule. Ein Hochschulstandort ist aber nicht nur eine Frage des Images. Eine Hochschule belebt nicht nur die Bildungslandschaft, sondern auch das ganze städtische Umfeld. Wissenschaftliche Erfolge in Produkte übersetzt, schaffen Arbeitsplätze und stärken den

Standort. Daher darf sich Oberhausen nicht weiter mit dem Status quo abfinden. Vielmehr muss alles daran gesetzt werden, Oberhausen zum Hochschulstandort zu machen. Ziel ist es, mittelfristig mindestens eine Dependance zu realisieren.

Weiterbildung kann Wertorientierung geben und den Menschen auf ganzheitliche Weise ansprechen; sie darf nicht allein auf berufliche Qualifizierung reduziert werden. Bereitschaft zu lebenslangem Lernen bietet in einer sich wandelnden Gesellschaft aber auch die beste Gewähr, Chancen am Arbeitsmarkt wahrnehmen zu können. Berufliche Qualifizierung und auch niederschwellige Angebote müssen dabei besondere Berücksichtigung finden.

Wir brauchen ein noch stärkeres Bewusstsein für das lebensbegleitende Lernen. Dazu ist eine vielfältige Landschaft freier Träger der Jugend- und Erwachsenenbildung wichtig. Die CDU bekennt sich zum kommunalen Aus- und Weiterbildungsangebot in Oberhausen. Ziel muss es aber sein, dem demografischen Wandel, der wachsenden Generation 50plus sowie der steigenden Zahl an Zuwandernden stärker Rechnung zu tragen.

Die CDU wird

- Formen des zweiten Bildungsweges für bildungsferne oder schulmüde Jugendliche fördern und unterstützen.
- die zu hohe Zahl von Jugendlichen ohne Schulabschluss, Ausbildung und Perspektive stärker in den Fokus der Kommunalpolitik rücken und Schulen, Unternehmen, Arbeitsagentur und Stadtverwaltung zu einer gemeinsamen Anstrengung in die Pflicht nehmen.
- in Zusammenarbeit und Abstimmung mit der Kreishandwerkerschaft, der Industrie- und Handelskammer und der Arbeitsagentur die Integration Jugendlicher mit Zuwanderungsgeschichte in die Arbeitswelt fördern.
- sich in Kooperation mit der Arbeitsagentur und der Industrie- und Handelskammer für die Förderung von Unternehmen einsetzen, die Ausbildungsplätze schaffen.
- alles für die Ansiedlung einer Hochschuleinrichtung in Oberhausen tun. Dazu werden wir Oberhausens Stärken wie das Fraunhofer-Institut einbringen und allen in Frage kommenden Hochschulen Vorschläge zur Zusammenarbeit machen.
- auch in Zeiten der Haushaltskonsolidierung ein möglichst umfassendes Weiterbildungsangebot sicherstellen.
- die Vernetzung und Zusammenarbeit der verschiedenen Träger der Weiterbildung innerhalb unserer Stadt vorantreiben.
- die Kooperation der Volkshochschule im Verbund der DOME-Volkshochschulen Duisburg, Mülheim und Essen forcieren.
- das Weiterbildungsangebot noch stärker an der Nachfrage orientieren.
- zielgruppenspezifische Weiterbildungsangebote fördern, die dem demografischen Wandel in unserer Stadt Rechnung tragen.

3.4 Die Kultur – unser Aushängeschild

Deutschland ist eine Kulturnation – Oberhausen ist immer mehr zu einer Stadt der Kultur geworden. Mit den Internationalen Kurzfilmtagen und dem Theater, den Ausstellungen in der Ludwig Galerie Schloss Oberhausen und im Gasometer, den Museumsorten des Rheinischen Industriemuseums und den Gedenkstätten macht Oberhausen auch überregional auf sein Kulturangebot aufmerksam. Gleichzeitig machen zahlreiche freie Kulturangebote von Vereinen, Verbänden, Gruppen und Initiativen sowie einzelnen Künstlerinnen und Künstlern eine lebendige und vielfältige Kulturszene aus.

Die CDU wird auch in Zeiten der Haushaltskonsolidierung Vielfalt und Niveau der Kulturszene unserer Stadt sichern. Die kulturelle Anziehungskraft unserer Stadt werden wir weiter stärken und herausragende Kulturereignisse und kulturelle Bildungsangebote gleichermaßen fördern. Ohne Bildung gibt es keine Kultur und ohne Kultur keine Bildung. Deshalb werden wir dafür Sorge tragen, dass schon die Kleinsten lernen, Kultur als selbstverständlichen Teil des Lebens zu begreifen. Gleichzeitig wollen wir auch Kulturangebote für die wachsende Zahl älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger besonders begleiten.

Wir bekennen uns zur Freiheit der Kunst und werden gute Voraussetzungen schaffen, damit Kunst und Kultur unser Zusammenleben in Oberhausen tragen und bereichern.

Die CDU wird:

- das Niveau der Oberhausener Kulturförderung fortführen und dadurch die Rahmenbedingungen für eine lebendige Kulturlandschaft sichern.

- Möglichkeiten der Effizienzsteigerung und Kooperation einsetzen, um die Kulturvielfalt zu erhalten.
- die Koordination und Zusammenarbeit der städtischen Kultureinrichtungen verbessern.
- Initiativen wie „Jedem Kind ein Instrument“ und „Kulturagenten“ sowie außerschulische Angebote wie Vorlesepaten und pädagogische Angebote der Kulturinstitute unterstützen und dauerhaft verankern.
- das Angebot der Schulbibliotheken weiter konsequent vorantreiben.
- die Kunstwerke im öffentlichen Raum kontinuierlich sanieren und stärker ins öffentliche Bewusstsein bringen.
- die Koordinierung und Vermarktung der kulturellen Veranstaltungsstätten in Oberhausen verbessern.
- als Beitrag zur Völkerverständigung und europäischen Integration sowie als Zeichen der deutsch-französischen Freundschaft eine Städtepartnerschaft mit einer Stadt in Frankreich begründen.

3.5 Sport und Gesundheit fördern

Die Sportvereine in Oberhausen leisten unschätzbar viel für die Jugendbetreuung, zur Gesundheitsvorsorge und bei der Integration. Sport dient der Persönlichkeitsentwicklung: Er vermittelt Leistungswillen, Ausdauer, Zielstrebigkeit und Fairness und stärkt den Zusammenhalt der Menschen in unserer Stadtgesellschaft.

Vereine als Träger des Sports übernehmen in freier Selbstbestimmung ihre Aufgaben

überwiegend ehrenamtlich. Ein wichtiger Baustein bei der Erziehung junger Menschen wird durch Bewegungserziehung im Vorschulalter gelegt. Der demografische Wandel zeigt aber auch die Bedeutung des Behindertensportes und des Sports mit „Älteren“ ganz deutlich.

Die Gesundheitsberichterstattung hat unter anderem ergeben, dass in Oberhausen schwere Erkrankungen wie Herzinfarkt bei Männern, Brust- und Lungenkrebs deutlich häufiger als in anderen Städten und Gemeinden auftreten. Die Oberhausener Kommunalpolitik muss daher die Gesundheitsvorsorge stärker in den Blick nehmen. Dazu gehört die Verbesserung der Lebensbedingungen ebenso wie die Prävention. Die Stadt muss Grundlagen für sportliche Betätigungen und aktive Freizeitgestaltungen schaffen. Dazu gehört die Modernisierung und Unterhaltung bestehender Anlagen, um Sportlerinnen und Sportlern funktionale Sportstätten zu bieten.

Die CDU wird

- den Breiten- und Leistungssport gleichrangig fördern.
- dafür Sorge tragen, dass jedes Kind mit Verlassen der Grundschule schwimmen kann.
- das veränderte Freizeitverhalten und die Wünsche von Kindern und Jugendlichen nach alternativen Sportarten berücksichtigen.
- die Vereinsarbeit stärken und die Kooperation mit Schulen im offenen Ganztags- und Kindertageseinrichtungen unterstützen.
- die Vereine mit vereinseigenen Anlagen finanziell auskömmlich ausstatten,

damit sie ihre Anlagen optimal instand halten können.

- eine bedarfsorientierte Modernisierung der Sportstätten vorantreiben und dabei den demografischen Wandel und den Gedanken der Inklusion berücksichtigen.
- die Entwicklung des Emscher-Sportparks vorantreiben, inklusive der Modernisierung des Stadion Niederrhein.
- den Revierpark Vonderort als Freizeit- und Sportraum für Oberhausener Bürgerinnen und Bürger erhalten, modernisieren und das Angebot an das veränderte Freizeitverhalten der Menschen anpassen.
- sich für eine flächendeckende, dezentrale und wohnortnahe medizinische Versorgung einsetzen.

4. Neue Chancen durch weit-sichtige Stadtentwicklung

4.1 Stadtplanung für Wohnen, Arbeiten und Freizeit

Städtebauliche Entscheidungen beeinflussen unmittelbar den Lebensraum der Menschen. Die Erhaltung und Aufwertung bestehender Quartiere sind nur durch eine langfristige und nachhaltige Stadtplanung möglich. Die Entwicklung der Infrastruktur ist bei Planungskonzepten ebenso wie eine gute Nahversorgung zu berücksichtigen. Hierbei ist eine frühzeitige und transparente Bürgerbeteiligung zwingend notwendig. Deshalb wollen wir eine stärkere und systematischere Bürgerbeteiligung als bisher in Oberhausen üblich.

Der Erhalt, die Modernisierung sowie die Schaffung von adäquatem Wohnraum sind eine zentrale Aufgabe. Oberhausen muss als Wohnstandort für alle Menschen, unabhängig von Einkommen, Alter und sozialer Stellung, attraktiv sein.

Private, öffentliche und wirtschaftliche Belange sind gleichermaßen zu berücksichtigen. Für die Entwicklung der Stadt ist es von großer Bedeutung, dass auch attraktive Gewerbe- und Industrieflächen vorgehalten, entwickelt und angeboten werden.

Die CDU wird

- die städtebauliche Tradition der Parkstadt erhalten und fortführen.
- die Schaffung von modernem, attraktivem und bedarfsgerechtem Wohnraum forcieren.
- die Förderung der energetischen Gebäudesanierungen vorantreiben.
- mit den Bürgerinnen und Bürgern Handlungskonzepte für die Stadtteilzentren entwickeln.
- die Entwicklung von Quartieren wie Friedensplatz/Hauptbahnhof/Post vorantreiben.
- die Ansiedlungen von zusätzlichen Spielhallen verhindern.
- eine Straffung der Behördenstruktur umsetzen, um beispielsweise Baugenehmigungsverfahren zu beschleunigen.
- einen Gestaltungsbeirat einführen.
- sämtliche Informationen über Förderprogramme der EU, des Bundes und des Landes bündeln und nutzen.

- mehr Flächen für die Ansiedlung von Gewerbe und Industrie entwickeln.
- den weiteren Verlust landwirtschaftlicher Nutzflächen stoppen.
- sich für eine flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet (DSL) einsetzen.

4.2 Mobilität für alle

Erhalt und Ausbau schneller sowie leistungsfähiger Verkehrsverbindungen sind Voraussetzungen für die ökonomische Entwicklung Oberhausens sowie für die Attraktivität von Leben und Arbeiten im gesamten Ruhrgebiet. Die Gewährleistung einer reibungslosen Beförderung von Menschen und Gütern ist nur durch eine ideologiefreie Politik möglich, die sich am notwendigen Klima- und Umweltschutz wie an der Realität orientiert.

Bisher zeichnet sich Oberhausen jedoch durch eine zu hohe Schlaglochdichte unserer Straßen ebenso aus wie durch ein katastrophales Baustellenmanagement. Wichtige Verbindungsachsen werden regelmäßig zu Staufallen. Das Nahverkehrsangebot kommt an seine Grenzen. Eine zusätzliche Straßenbahnverbindung von nur 3.336 Metern, die aber Kosten in fast dreistelliger Millionenhöhe verursacht, wäre ein Luxus, den wir uns vor diesem Hintergrund nicht leisten können.

Auch ohne dieses Prestigeprojekt werden wir eine Gleichberechtigung sämtlicher Verkehrsteilnehmer – Fußgänger, Radfahrer, ÖPNV und Individualverkehr – ebenso sicherstellen wie eine städteübergreifende Vernetzung der einzelnen Verkehrssysteme. Bereits seit Jahren besteht für die Errichtung von Haltepunkten der S2 und S3 am Rehmer in Alstaden Planungsrecht.

Eine solche Anbindung für den dichtbesiedelten Oberhausener Süden wäre wichtiger als eine teure, aber kurze Straßenbahnstrecke.

Die CDU wird

- keine Einspurigkeit der Mülheimer Straße als wichtigster Nord-Süd-Achse zulassen.
- durch die Anschaffung neuer und moderner Verkehrsrechnersysteme an der Mülheimer Straße und darüber hinaus für eine Grüne Welle und damit für fließenden Verkehr und sinkende Emissionen sorgen.
- durch die Schaffung von Freiluftschneisen an der Mülheimer Straße für Durchlüftung sorgen und so das Feinstaubproblem angehen.
- alles für einen Autobahnanschluss der A 3 im Bereich des Gewerbegebiets Waldteich/Weierheide tun.
- einen kreuzungsfreien Ausbau von A 42 und A 516 vorantreiben.
- die Verkehrsführung in den Innenstädten auf den Prüfstand stellen und nicht mehr benötigte Fußgängerzonen zurückbauen.
- Parkscheinautomaten am Kaisergarten und in den Innenstädten abschaffen und eine gebührenfreie Parkraumbewirtschaftung durch Parkscheiben einführen.
- die Ausweisung von Tempo-30-Zonen aufmerksam prüfen.
- den Verkehrsfluss und die Verstetigung des Verkehrs fördern, z. B. durch Kreisverkehre.
- Unfallschwerpunkte durch bauliche bzw. verkehrstechnische Maßnahmen entschärfen und nicht als Gelegenheit für die Verhängung von Bußgeldern als kommunale Einnahmequelle missbrauchen.
- für ein besseres Baustellenmanagement sorgen. Durch einen Baustellenkoordinator werden die einzelnen Baustellen im Stadtgebiet zeitlich besser aufeinander abgestimmt.
- die Abarbeitung von Schäden an den Verkehrswegen vorantreiben.
- das Radwegenetz modernisieren und dauerhaft pflegen.
- den Lärmschutz zu einem Schwerpunktthema der Kommunalpolitik machen und sich für moderne Lärmschutz- und Sicherheitsvorrichtungen an allen Autobahnen und Bahnstrecken, z.B. Betuwe, einsetzen.
- für einen S-Bahn-Haltepunkt am Rehmer in Alstaden sorgen.
- trotz bestehender Sparzwänge die Attraktivität des Oberhausener ÖPNV-Angebotes sichern.

4.3 Aktiver Umwelt- und Klimaschutz

Aus der Verantwortung für die Bewahrung der Schöpfung ist uns der Umwelt- und Klimaschutz ein besonderes Anliegen. Wir wollen Umweltschutz, Verbesserung der Lebensqualität und eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in Einklang bringen.

gen. Der Klimawandel und seine Folgen sind eine große Herausforderung für die nächsten Jahre. Die CDU setzt dabei auf das Prinzip der Vorsorge mit dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, eine angemessene Flächeninanspruchnahme und den effizienten und sparsamen Ressourceneinsatz.

Nach dem Ausstieg aus der Kernenergie werden alle Energiequellen zur Sicherung bezahlbarer und ökologischer Versorgung genutzt. Der Umstieg auf sparsame Verfahren mit höheren Wirkungsgraden, eine dezentrale Energieversorgung, der Ausbau der Fernwärme und z.B. der Blockheizkraftwerke sind wesentliche Maßnahmen zur Schonung von Ressourcen und Klima.

Ein verlässlicher Verbraucherschutz erfordert Aufklärung, effektive Kontrollen, den Auf- und Ausbau regionaler Produktions- und Vermarktungskonzepte. Umfassende Beratungsangebote für die Verbraucher sind in der Fair-Trade-Stadt Oberhausen auszubauen und zu sichern.

Die CDU wird

- die Idee der Parkstadt weiterentwickeln, um Hitzeinseln und der weiteren Bodenerwärmung vorzubeugen. Schatten spendende Bäume, Grünanlagen und Wasser verdunstende Flächen werden ausgebaut und gepflegt.
- Möglichkeiten für den Um- und Rückbau versiegelter Bereiche nutzen.
- vorhandene Grünflächen und Parkanlagen nach dem veränderten Freizeitverhalten der Bürgerinnen und Bürger modernisieren.
- dafür Sorge tragen, dass nicht durch schlechte Stadtplanung die letzten Be-

lüftungsachsen der Stadtkerne zugebaut werden.

- die energetische Gebäudesanierung konsequent vorantreiben, um den CO₂ Ausstoß und die Feinstaubbelastung zu senken.
- sich um Fördermittel zur Verbesserung des Stadtklimas und der Verminderung der Feinstaubbelastung durch Dach- und Fassadenbegrünung bemühen.
- den Einsatz von innovativen Baustoffen wie Sickerpflaster im Straßen-, Platz- und Wegebau vorantreiben, um die Verdunstung von Wasser in Hitzeperioden zu erhöhen, die Standorte von Straßenbäumen zu verbessern und die Auswirkung von Starkregen abzumildern.

4.4 Sicherheit für unsere Bürger

Öffentliche Ordnung und Sicherheit sind unverzichtbar für die Wohn- und Lebensqualität. Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, sich sicher zu fühlen. Gewalt, Kriminalität und Verwahrlosung auf öffentlichen Plätzen und Straßen werden in Oberhausen jedoch nicht konsequent genug unterbunden. Das zeigen die Auseinandersetzungen im Rockermilieu ebenso wie die stark zunehmenden Wohnungseinbrüche. Der Rotlichtbereich um die Flaßhofstraße ist ein Brennpunkt für Drogen und Kriminalität.

Grundvoraussetzung für die Verbesserung der Sicherheit ist eine gute Personalausstattung der Polizei, aber auch des kommunalen Ordnungsdienstes. Sicherheitspartnerschaften erfordern Konzepte und ein effektives Zusammenwirken. Aber auch die Justiz ist gefordert, wenn Prävention ihre Grenzen findet. Polizei und Ord-

nungsdienst müssen alle verfügbaren Mittel zur Bekämpfung von Bandenkriminalität, Wohnungseinbrüchen, Taschendiebstählen und Überfällen in unserer Stadt einsetzen.

Sauberkeit und Sicherheit gehören zusammen: Schmutzige, dunkle und verfallene Quartiere ziehen Kriminalität an. Daher muss auch deutlich mehr für die Sauberkeit getan werden.

Die CDU wird

- die Rockerkriminalität als organisiertes Verbrechen mit allen Mitteln bekämpfen. Dazu müssen die Polizei und die Ordnungsbehörde den Druck erhöhen, indem sie alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen.
- den Bordellbetrieb der Flaßhofstraße mittelfristig aus der Innenstadt verlagern und damit das gesamte Quartier aufwerten.
- sich dafür einsetzen, dass die Polizei wirkungsvoller gegen die gestiegene Bandenkriminalität z.B. bei Taschendiebstahl und Wohnungseinbruch vorgehen kann. Dies beginnt bei einer besseren Personalausstattung, die der demografischen Entwicklung bei der Polizei Rechnung trägt.
- die Personalstärke des städtischen Ordnungsdienstes und damit die Zahl der Ordnungspartnerschaften erhöhen – auch durch Versetzungen in der Verwaltung. Dabei werden wir auf die Ausbildung des Ordnungsdienstes verstärkten Wert legen.
- zusammen mit der Polizei die Präsenz und die Zahl der Streifen, also die sichtbare Anwesenheit von Polizei und Ordnungsdienst, im öffentlichen Raum erhöhen.
- auch für feste Ansprechpartner des Kommunalen Ordnungsdienstes in den Standorten der Bezirkspolizei Sorge tragen.
- das Problem alkoholisierter lagernder Personengruppen entschlossener angehen.
- sich dafür einsetzen, dass Brennpunkte stärker und öfter kontrolliert und sämtliche ordnungsbehördlichen Maßnahmen genutzt werden.
- auch auf Grund der guten Erfahrungen in den STOAG-Bussen die Installation von Video-Überwachungssystemen an Kriminalitätsschwerpunkten einführen.
- Glasverbote bei den öffentlichen Veranstaltungen einsetzen, wo bisher nicht ausreichend für Sauberkeit und Sicherheit gesorgt wird.
- in der Stadtplanung die Kriminalprävention stärker beachten, um Angsträume nicht entstehen zu lassen oder vorhandene abzubauen.
- die Arbeit anderer kommunaler Institutionen wie der Bereiche Integration, Jugend, Soziales und Schule sowie der freien Träger in die Kriminalprävention mit einbeziehen.
- eine neue Bürgerbefragung zur Sicherheit in Oberhausen durchführen.
- ein neues Maßnahmenpaket zur Verbesserung der Sauberkeit in Oberhausen beschließen. Die Verschmutzung durch Hundekot muss ebenso ange-

gangen werden wie das Erscheinungsbild der öffentlichen Plätze und Straßen sowie Graffiti-Schmierereien.

5. Neue Chancen durch Zusammenhalt

5.1 Vorfahrt für Familien

Familien sind Fundament und Bereicherung unserer Gesellschaft. Gerade der demografische Wandel und die notwendige Solidarität der Generationen sind für uns Anlass für eine aktive Familienpolitik. Das Verfassungsgebot der besonderen Förderung von Ehe und Familie hat dabei eine große Bedeutung für die CDU. Die Diskriminierung anderer Formen der Partnerschaft lehnen wir ab.

Eltern leisten mit der Erziehung ihrer Kinder einen unersetzlichen Beitrag für das Gemeinwohl und den Fortbestand unserer Gesellschaft. Unsere kommunale Familienpolitik hat die Entlastung und Begleitung sowie die Unterstützung und Ermutigung zum Ziel. Die Anforderungen an die Erziehung und Begleitung junger Menschen haben sich verändert. Sie sind außerdem deutlich gewachsen. Die kompetente Unterstützung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen bzw. Familien ist für uns ein wesentliches Ziel. Die Entwicklung eines Handlungskonzeptes für einen wirksamen Kinder- und Jugendschutz wird eine weitere wichtige Aufgabe sein.

Die CDU wird

- bestehende Projekte und Angebote für Kinder und Jugendliche aus Zuwandererfamilien auf Wirksamkeit überprüfen und sie in Zusammenarbeit mit den Trägern von Kindertages- und Jugendeinrichtungen sowie mit den Schulen weiterentwickeln.
- die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch die Förderung von Vermittlungs- und Beratungsangeboten für Tagespflege- und Kindertageseinrichtungsplätze unterstützen.
- gemeinsam mit Familienberatungsstellen, Kinderärztinnen und -ärzten, Kindertageseinrichtungen und Schulen ein Angebot zur Unterstützung von Familien in der Erziehung entwickeln.
- einen familiengerechten Wohnungsbau und die Bildung von Wohneigentum, besonders für junge und kinderreiche Familien fördern.
- den Erhalt und die weitere Förderung von Einrichtungen der Ehe- und Familienberatung, der sozialpädagogischen Familienhilfe, der Familienhilfe, der Familienpflege, der Erziehungsberatung sowie von Familienbildungsstätten sichern.
- insbesondere an Schulen und Kindertageseinrichtungen Maßnahmen zur Verkehrssicherheit von Fußgängern und Radfahrern entwickeln und umsetzen.
- dafür sorgen, dass mehr Ordnung, Sauberkeit und Sicherheit an Parkanlagen und Spielplätzen durch intensivere Kontrollen erreicht wird.
- die Zusammenarbeit von Familienberatungsstellen, Familienzentren und kommunalem Integrationszentrum verbessern, um Familien und besonders Familien mit Zuwanderungsgeschichte zu beraten und zu unterstützen.

5.2 Freiräume für Kinder und Jugendliche

Die Kinder- und Jugendpolitik gehört für die CDU zu den zentralen Säulen der Zukunft unserer Stadt. Neben der Fortentwicklung des schulischen Bildungsbereiches legen wir ebenso Wert auf soziale und kulturelle Bildung. Dabei steht für uns die Chancengerechtigkeit im Mittelpunkt. Wir wollen, dass alle Kinder und Jugendlichen in unserer Stadt ihre Entwicklungsmöglichkeiten ausschöpfen und zur Entfaltung bringen können. Dazu bedarf es der Anregungen und Anstöße, Orte und Lebenswelten. Unser Ziel ist es, jedem Kind die Teilhabe und Teilnahme an außerschulischen Bildungsangeboten zu ermöglichen.

Die CDU wird

- die Jugendhilfe durch freie Träger sichern und ausbauen, um in der Vielfalt individuelle Angebote zu finden.
- die Arbeit der Jugendverbände fördern.
- das Jugendparlament bei der Planung von Kinder- und Jugendprojekten einbeziehen und die Arbeit des Jugendparlamentes aktiv unterstützen.
- die offene Jugendarbeit in allen Stadtteilen weiterentwickeln.
- den Neuaufbau der offenen Jugendarbeit in Alt-Oberhausen kritisch begleiten.
- für eine Beratung und Information zu außerschulischen Bildungsangeboten Sorge tragen.
- eine App erstellen, die auf bestehende und neue Freizeitangebote und Projekte der Kinder- und Jugendarbeit hinweist.

- das Bildungs- und Teilhabepaket bei Eltern, Vereinen und Verbänden besser bewerben.

5.3 Gleiche Chancen für Frauen

Frauen und Männer sind gleichberechtigt. Dieser Grundgesetzartikel gehört zu den unverzichtbaren Grundlagen unserer Gesellschaft. Dennoch gibt es immer noch in vielen Bereichen Ungleichbehandlung und Diskriminierung.

Frauenpolitik ist ein wesentlicher Auftrag auch und gerade der kommunalen Politik. Die CDU versteht sie als Querschnittsaufgabe über alle Handlungsfelder. Dabei geht es um mehr als die Vereinbarung von Familie und Beruf. Ziel und Mittelpunkt ist die gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe von Frauen in allen Lebensbereichen: Familie, Arbeitswelt, Gesellschaft.

Die CDU wird

- sich für gezielte Fortbildungsmaßnahmen zur Verbesserung der Chancengerechtigkeit von Frauen einsetzen.
- den beruflichen Wiedereinstieg von Frauen nach der Elternzeit durch qualifizierte Fortbildungsprogramme fördern.
- Begleitung und Beratung von Existenzgründerinnen unterstützen.
- Betreuungsmöglichkeiten sowohl in Einrichtungen als auch durch Tagespflegeangebote auf die Bedürfnisse der Familien und besonders der Alleinerziehenden ausrichten.
- bei Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern unserer Stadt für flexible Arbeitszeiten werben.

- Beratung von Frauen in allen Lebenssituationen fördern, seien es finanzielle oder persönliche Notsituationen, Familien- und Erziehungsberatung oder Berufsberatung.
- das Frauenhaus und die Frauenberatungsstelle in Oberhausen in ihrer Arbeit unterstützen.
- Maßnahmen gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution in unserer Stadt auf die politische Tagesordnung setzen.
- für eine stärkere Überwachung und Gesundheitskontrolle in Bordellen eintreten.

5.4 Für ein gutes Leben im Alter

Oberhausen wird älter. Unsere Stadt ist mitten im demografischen Wandel: Mehr als 25% der Bevölkerung wird 2025 über 65 Jahre alt sein. Ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger müssen ein selbstverantwortliches, aktives Leben führen können. Das geht über die materielle Sicherung hinaus: Der Erhalt zwischenmenschlicher Beziehungen und eines individuellen Wohnumfelds sowie eines hohen Maßes an Selbstbestimmung bedeuten für die Stadt Herausforderungen. Diese werden wir aktiv angehen, damit ältere Menschen ihren Lebensalltag nach eigenem Ermessen verwirklichen können.

Auch pflegebedürftige Menschen sollen in vertrauter Umgebung möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben führen können. Die CDU wird sich dafür einsetzen, ambulante Dienste zu stärken und Wohnprojekte, die den älteren Menschen und besonders generationenübergreifendes Wohnen in den Vordergrund stellen, ermöglichen.

Gerade die Älteren sind es, die eine hohe Bereitschaft zeigen, sich ehrenamtlich zu engagieren. Dieses Engagement, wie auch das Erfahrungswissen älterer Menschen sind ein Gewinn für die Gesellschaft. Die CDU will diese Kompetenzen nutzen und dazu die nötigen Rahmenbedingungen schaffen und stärken.

Die CDU wird

- Projekte unterstützen, die das Leben mehrerer Generationen unter einem Dach oder in enger Nachbarschaft unterstützen.
- familiennahes und altengerechtes Wohnen in Oberhausen fördern.
- darauf hinwirken, dass sich unsere Stadtplanung einschließlich der Verkehrsplanung stärker an den Bedürfnissen älterer Menschen orientiert.
- eine wirksame Kooperation zwischen Familien, Institutionen, hauptamtlichen Pflegekräften und Ehrenamt fördern.
- Projekte unterstützen, die das Erfahrungswissen älterer Menschen zum Einsatz bringt.
- Paten-Projekte fördern, um einer Vereinsamung Älterer entgegen zu wirken.
- Vereine, Verbände und Sportgemeinschaften ermutigen, Angebote speziell für ältere Menschen bereit zu stellen.

5.5 Nichts über uns ohne uns – Menschen mit Behinderung

Für die CDU Oberhausen ist es normal, dass Menschen in unserer Gesellschaft

verschieden sind. Unser Ziel ist, das gleichberechtigte Miteinander (Inklusion) zu fördern. Immer noch werden Menschen mit Beeinträchtigungen in vielen Lebensbereichen behindert und benachteiligt. Behinderte Menschen und ihre Familien haben Anspruch auf unsere Solidarität und Unterstützung ohne Bevormundung oder übertriebene Fürsorge.

Die CDU Oberhausen wird sich in jeder Hinsicht dafür stark machen, dass Menschen mit Behinderung in unserer Stadt als Partner behandelt werden und eine ihren Möglichkeiten entsprechende Chance erhalten, sich in Beruf und Gesellschaft zu entfalten. Menschen mit Behinderung tragen ebenso zu einem wirtschaftlichen Aufschwung und erhöhten Steuereinnahmen bei wie die vielen Millionen anderer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch. Noch immer werden gehandicapte Menschen von einem Großteil der Bevölkerung nicht als arbeitsfähig und bereichernd angesehen. Heute sind aber eine Vielzahl von Menschen mit Behinderung in geregelten Arbeitsverhältnissen beschäftigt oder gar selbst als Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber tätig, beispielsweise dann, wenn sie für ihre Assistenz Hilfskräfte selber anstellen.

Die CDU wird

- Konzeptionen und Hilfen, die der Normalisierung der gesamten Lebensverhältnisse und -bedingungen dienen, weiterentwickeln, fördern und absichern.
- sich dafür einsetzen, das Zuständigkeitswarrir der Kostenträger zu beseitigen und im Rahmen des erwarteten Bundesteilhabegesetzes Hilfen aus einer Hand besser als bisher zu ermöglichen.

- ambulante und familienentlastende Dienste, offene Wohnformen, inklusive Angebote in Bildung, Ausbildung und Freizeit fördern. Dabei kommt der Unterstützung von Selbsthilfeeaktivitäten besondere Bedeutung zu.
- darauf achten, dass bedarfsgerechter Wohnraum zur Verfügung steht und die Mobilität in der Stadt sichergestellt ist.
- dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ weiterhin Vorrang einräumen, wenn die Betroffenen es wünschen.
- den personenzentrierten Ansatz in den Mittelpunkt ihrer Politik stellen. „Persönliche Budgets“ zur Stärkung der Eigenverantwortung der Menschen mit Behinderung müssen attraktiv beworben werden.
- die Förderung der sozialen und beruflichen Integration von Menschen mit Beeinträchtigung als eine besondere Verpflichtung ansehen. Hierbei sind gerade für eine berufliche Integration von jugendlichen Behinderten besondere Anstrengungen erforderlich.

5.6 Zuwanderung – Integration beginnt in der Nachbarschaft

In Oberhausen leben, wohnen und arbeiten Menschen aus rund 130 Ursprungsnationen. Etwa jeder vierte Oberhausener hat eine Zuwanderungsgeschichte. Eine große Anzahl von ihnen ist in unsere Stadt voll integriert und lebt gerne hier. Viele von ihnen sind heute deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die selbst oder deren Eltern oder Großeltern hierher zugewandert sind. Sie nehmen vielfältig Teil am Leben der Stadtgesellschaft, engagieren sich in Nachbarschaften und berei-

chern Oberhausen nachhaltig: kulturell, sozial und wirtschaftlich. Sie zeigen: Integration heißt nicht Assimilation.

Integration bedeutet immer das Ergebnis zweiseitiger Prozesse. Der Stand der Integration Einzelner, ganzer Familien oder einzelner Migrantengruppen ist unterschiedlich weit. Daher ist und bleibt der Wille zur Integration weiterhin eine besondere Herausforderung für alle Oberhausenerinnen und Oberhausener. Integration ist aber auch mit der Entstehung von Parallelgesellschaften unvereinbar.

Die CDU Oberhausen steht für Vielfalt, will aber das Miteinander und nicht das Nebeneinander fördern. Dabei bauen wir auf die Werteordnung unserer Verfassung und unseres Rechtssystems als dem gemeinsamen Fundament aller in unserer Stadt Lebenden. Denn das Zusammenleben in einer Gesellschaft der Vielfalt kann nur funktionieren, wenn ein Mindestmaß an Gemeinsamkeit vorhanden ist.

Integrationspolitik ist für uns eine Querschnittsaufgabe, die alle Felder politischen Handelns in unserer Stadt ausgehend von einem ganzheitlichen Menschenbild umfasst und Menschen mit Zuwanderungsgeschichte fördert, Hilfe zur Selbsthilfe anbietet und so Wege zur Integration öffnet. Daher finden sich zahlreiche Ziele und Forderungen zur Integrationspolitik auch in den Handlungsfeldern Bildung, Ausbildung und Familien.

Die CDU wird

- nachdrücklich dafür werben, dass noch mehr Zuwandernde sich dafür entscheiden, deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger mit allen Rechten und Pflichten zu werden.
- die aktive Mitwirkung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Vereinen und Organisationen fördern, um das gemeinschaftliche Leben in Oberhausen zu stärken.
- durch Unterstützung von Sportvereinen und kulturellen Initiativen Begegnungs- und Erfahrungsräume für Menschen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte schaffen und so zur interkulturellen Begegnung und zum gegenseitigen Kennenlernen beitragen.
- den interreligiösen Dialog zwischen den Religionsgemeinschaften unterstützen und den regelmäßigen Austausch mit den Einrichtungen pflegen.
- sich für eine Neuorganisation der kommunalen Integrationsarbeit durch Zusammenführung des kommunalen Integrationszentrums mit dem Büro für Chancengerechtigkeit einsetzen.
- die Planungen zur Einstellung von mehr Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in der Stadterwaltung und den städtischen Tochterfirmen sowie deren zügige Umsetzung im Rahmen der wirtschaftlichen Möglichkeiten fördern.
- das kommunale Integrationskonzept im engen Zusammenwirken mit den Zugewanderten und ihren Organisationen fortschreiben.
- das städtische Integrations-Monitoring erweitern, sodass ein umfassendes und aussagekräftiges Bild vom Stand der Integration in Oberhausen entsteht.
- eine Anlaufstelle zur Beratung und Unterstützung bei der Errichtung von Gebetsräumen und -häusern als Ange-

bot an die Zuwanderergemeinden einrichten. Damit soll eine intransparente und unkoordinierte Errichtung von Gebetshäusern vermieden werden.

- sich dafür einsetzen, dass Moscheen gut sichtbar, etwa an Hauptverkehrsstraßen, entstehen und nicht in Hinterhöfen.

6. Neue Chancen für die Stadtteile

6.1 Alt-Oberhausen

Die CDU wird

- Erwerbsgesellschaften zum Kauf und zur Vermarktung von Problemimmobilien im Stadtteilzentrum von Alt-Oberhausen initiieren.
- im Bedarfsfall den gezielten Rückbau von Immobilien vorantreiben und unterstützen.
- die Errichtung von barrierefreien Mehrgenerationenwohnanlagen unterstützen, um sowohl dem inklusiven Gedanken gerecht zu werden als auch geeigneten Wohnraum für Familien und Seniorinnen und Senioren zu schaffen.
- in Zusammenarbeit mit dem City-O.-Management ein nachhaltiges und effektives Bestands- und Leerstandmanagement für den Innenstadtbereich entwickeln.
- sich für den Rückbau der Fußgängerzone im Bereich der Marktstraße auf einen Kernbereich einsetzen.
- einen Ideenwettbewerb zur Steigerung der Attraktivität und zur optischen Aufwertung des Bereiches Marktstraße/Altmarkt/Elsässer Straße ins Leben rufen.
- in Zusammenarbeit mit dem Stadt- und Citymarketing ein Profil für das Stadtteilzentrum Alt-Oberhausen erarbeiten, um es für die Zukunft wettbewerbsfähig zu positionieren.
- ein Konzept für die Nutzung der leerstehenden Gebäude rund um den Bahnhof und das Behördenquartier Alt-Oberhausen entwickeln.
- mit den Eigentümerinnen und Eigentümern Vorschläge zur verstärkten Nutzung des Friedensplatzes durch Gastronomie und Einzelhandel erarbeiten.
- die Attraktivität der Innenstadt für junge Menschen zum Thema des Stadtmarketings machen.
- für eine umfassende Beteiligung der Anwohnerinnen und Anwohner an der Neugestaltung des John-Lennon-Platzes sorgen.
- die vorhandenen Grünflächen aufwerten und nach Möglichkeit durch Rad- und Fußwege miteinander vernetzen sowie die Umwandlung von Brachflächen und Leerflächen in Grünflächen vorantreiben.
- Angsträume wie am Hauptbahnhof, in Parkanlagen oder an der unteren Marktstraße durch den gezielten Einsatz von Videoüberwachung, die Verbesserung der Beleuchtung und bauliche Umgestaltungen (z.B. Farbgebung, bessere Einsehbarkeit, etc.) beseitigen.

- ein einheitliches Parkraumkonzept für den Innenstadtbereich entwickeln, welches die Möglichkeit zum kostenlosen Kurzzeitparken beinhaltet und auch die vorhandenen Ressourcen, z.B. das Parkhaus an der Linsingenstraße effektiver nutzt.
- Änderungen im Streckennetz der STO-AG fordern, um eine bessere Anbindung der Ortsteile in den Randbezirken an den ÖPNV zu gewährleisten, beispielsweise eine Verlängerung der Linie SB 94 in den Ortsteil Borbeck.

6.2 Sterkrade

Die CDU wird

- eine Neubelebung der Sterkrader Innenstadt vorantreiben. Dazu werden wir das Innenstadtkonzept der Sterkrader Interessengemeinschaft unterstützen. Als Mittelzentrum muss Sterkrade durch eine bunte Mischung von Einzelhandelsgeschäften die Versorgung der Bewohnerinnen und Bewohner sowohl mit Dingen des täglichen Bedarfs als auch im ärztlichen und kulturellen Bereich sicherstellen.
- sich für eine behutsame Öffnung der Fußgängerzone für den Verkehr unter Beachtung aller Nutzer einsetzen, damit eine bessere Erreichbarkeit der Geschäfte und auch die Vermeidung von Leerständen erreicht werden kann.
- die Belebung des Standortes Sterkrade durch kulturelle Aktivitäten fördern und die Stadtteilbibliothek durch einen Umzug in die alte Sparkassenfiliale Sterkrade aufwerten.
- sich für die Entwicklung der Fronleichnamskirmes als wichtigem Marketinginstrument einsetzen und dabei sowohl die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger als auch die der Schaustellerinnen und Schausteller im Blick haben.
- für eine verbesserte Anbindung von Hirsch-Center und Sterkrader Tor an die Innenstadt sorgen.
- den Verkehrsknotenpunkt Hallenbad Sterkrade, Freitaler Platz, Holtener Straße, Bahnhofstraße optimieren.
- ein schlüssiges Parkraumkonzept erarbeiten, das auch den PR-Parkplatz am Bahnhof Sterkrade einbezieht.
- die Planungen und Realisierungen zur BETUWE-Linie kritisch begleiten – insbesondere was Lärmschutz betrifft – sowie die Situation am Bahnhof Sterkrade, namentlich der Bahnsteige und Fußgängerunterführung verbessern.
- den Erwerb von Problemimmobilien durch Erwerbsgesellschaften fördern.
- sich für ein professionelles Stadtmarketing für den Einzelhandelsstandort einsetzen.
- der demografischen Entwicklung u. a. durch generationenübergreifende Wohnformen Rechnung tragen.
- den Erhalt, den Ausbau und die Aufwertung unserer Naherholungsbereiche vorantreiben, damit unseren Bürgerinnen und Bürgern die Natur als sichtbarer ökologischer Wert erhalten bleibt.

6.3 Osterfeld

Die CDU wird

- den Einkaufsstandort Osterfeld durch ein Immobilien- und Standortmanagement stärken, das seinen Namen verdient.
- die Verkehrsführung im Innenstadtbereich zeitgemäß überplanen und dabei den Anlieferungsverkehren nach der Umsetzung des Bunkerprojektes Rechnung tragen.
- im gesamten Innenstadtbereich das Parken mit Parkscheibe auf zwei Stunden einführen.
- die Aufenthaltsqualität der Innenstadt für Kinder und Jugendliche verbessern.
- die Wahrnehmbarkeit und Erreichbarkeit der Osterfelder Stadtteilbibliothek verbessern.
- dafür Sorge tragen, dass Sicherheit und Ordnung durch kommunalen Ordnungsdienst und Polizeipräsenz gewährleistet sind.
- sich für eine schnelle Lösung des stillstehenden Bauprojektes am Marktplatz stark machen. Dazu werden wir alle Beteiligten an einen Tisch holen und in die Pflicht nehmen.
- den Erwerb von Problemimmobilien durch Erwerbsgesellschaften fördern.
- für neue Nutzungen von Gartendom und HDO-Gebäude eintreten. Weitere Wohnbebauung ist an dieser Stelle keine Lösung.
- die Entwicklung des ehemaligen Zechengeländes Schacht IV in Klosterhardt als Chance für die Stadtteilentwicklung weiter vorantreiben.
- Lärmschutz nach dem neuesten Stand der Technik an Bahnstrecken und den Bundesautobahnen sowie ein Sicherheitskonzept in Bezug auf den Transport gefährlicher Güter fordern.
- die Verkehrsführung im Bereich der Osterfelder Straße verbessern und in diesem Zusammenhang die Erneuerung des Brückenbauwerks fordern.
- sich für ein verbessertes Parken unter Ausnutzung der vorhandenen Flächen in den Wohnquartieren einsetzen (z. B. Schrägparken auf der Siepenstraße).
- den Erhalt und die Pflege aller in Osterfeld liegender Parkanlagen und Waldgebiete als Erholungsaspen fördern.
- Osterfeld zum Gesundheitsstandort entwickeln und die Nutzung des ehemaligen Hallenbad-Geländes durch das Katholische Klinikum unterstützen.
- den Erhalt des Revierparks Vonderort und einer Weiterentwicklung seiner Einrichtungen fordern.
- die Umnutzung der früheren Eislaufhalle in eine Skaterhalle vorantreiben.
- bei Veranstaltungen auf dem Olga-Gelände für eine verstärkte Sicherheit und Sauberkeit sorgen.

Impressum:

Beschlossen vom kleinen Parteitag der CDU Oberhausen am 22. März 2014.

CDU Oberhausen
Gewerkschaftsstraße 47-49
46045 Oberhausen

vertreten durch den Kreisvorsitzenden, Wilhelm Hausmann MdL